

Deutscher Kongress für Geographie 2023

81300 Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge: Auf dem Weg zu einer sozial gerechteren, ökologischeren und demokratischeren Gesellschaft?

Einreicher und Autor: Horst Müller – Der Vortrag wurde vom Autor abgesagt

Ich ziehe meinen Vortrag zurück. Der zeitliche Rahmen oder auch die kurze kollektive Schlussdebatte erscheint mir zu eng für das, was ich zu sagen hätte.

Meine eigene Gedankenrichtung, für die ich in diesem interessierten Kreis werben möchte, geht aus dem Text „Gesellschaftliche Infrastrukturen und Systemtransformation“ (4 S.) hervor.

83952: Privatisierung und Austerität, oder Sozialisierung und Emanzipation öffentlicher Dienste und Infrastrukturen?

Abstract

Die Privatisierung der öffentlichen Dienste und allgemeinen, gemeinschaftlichen Infrastrukturen beschädigt inzwischen alles gesellschaftliche Leben. Dies zugrunde liegenden Zusammenhänge werden wirtschaftswissenschaftlich vernebelt und sind auch im Zusammenhang der traditionellen Kritik der politischen Ökonomie nicht wirklich erfasst worden. Es geht um die wert-, reproduktions- und praxistheoretische Aufklärung der wirklichen Zusammenhänge und die konsequente steuer- und fiskalpolitische Lösung des Problems in Richtung einer systemischen Neuordnung und damit der notwendigen und überfälligen Emanzipation des Öffentlichen

Zwei Texte zum Thema:

Gesellschaftliche Infrastrukturen und Systemtransformation

Der doppelbödige Sozialkapitalismus und sein Sprengpotenzial

Liebe Freundinnen und Freunde der politischen Philosophie,

der Begriff „Sozialkapitalismus“ könnte verwundern. Herrscht nicht ein neoliberaler oder Finanzkapitalismus? Damit wird nichts schöngeredet: Er verweist auf Defizite gewöhnlicher Charakterisierungen „des Kapitalismus“ und ist zugleich der Schlüssel zur Entdeckung einer Systemalternative, die sich im „doppelten Boden“, d.h. in der widersprüchlichen Kernstruktur des Reproduktionssystems verbirgt. Dessen erste, bedeutendste Analyse war „Das Kapital“.

Anschließende Kapital- und Krisentheorien wurzeln bis heute in Marx' Modellierung eines rein warenwirtschaftlichen Industriekapitalismus samt seiner „Staatsmaschinerie“. Entsprechende Aktualisierungen, vom Monopol-, über den Spät- bis zum Finanzkapitalismus forcierten die Systemkritik. So kam man jedoch bis heute zu keiner reellen Systemalternative.

Derweil vollzog sich unter der Decke des „demokratischen Kapitalismus“ ein Wandel: Mit dem modernen Steuer- und Sozialstaat weiteten sich, auch aus ökonomischen Erfordernissen, die allgemeinen und gemeinschaftlichen, administrativen, sozial-infrastrukturellen und kulturellen Dienste und Einrichtungen im Verhältnis zur kapitalistischen Warenproduktion und zum Privatkonsum aus. Im Denkbild zeigt der Sozialkapitalismus ein dreieckige Formierung:

Der Flügel der „industriewirtschaftlichen Warenproduktion“ ist zum Weltmarkt offen. Den Flügel gegenüber bilden „sozialwirtschaftliche Dienste“, die sich selbstbezüglich auf das Gemeinwesen als Ganzes beziehen. Der Sozialstaat an der Spitze wirkt als monetär und regulativ vermittelnde Zentralinstanz. Er durchdringt als „nahezu unendlich differenziertes föderatives Gebilde des Gemeinwesens“ das soziale Leben im Mittelfeld, von den höheren Instanzen und Ebenen bis hinunter zur Basis des kommunalen, urbanen und zivilen Lebens.

Diese Konstitution des Rechts-, Fiskal-, Sozial- und Nationalstaats und sozioökonomische Prozessfiguration wurde durch weltwirtschaftliche Verflechtungen und die neoliberale Globalisierung nicht aufgehoben. Jedoch blieb der Sozialstaat, mit ihm alle sozialen Existenzen, in ein einseitig auf *Einkommen* orientiertes Steuersystem eingebunden, das auf die Autonomie und Übermacht des *Kapitals* zugeschnitten ist und die gesellschaftlichen Spaltungen ständig vertieft. So bleibt der Staat zur Finanzierung der sozialwirtschaftlichen Institutionen, Produktionen und Leistungen klamm und ist zu immer neuer Verschuldung gezwungen.

Die vom systemisch unaufhebbaren Wachstumszwang getriebene Waren- und Kapitalwirtschaft verwendet die der Besteuerung entzogenen investiven Kapitalien zu unablässiger Rationalisierung, Akkumulation und Weltmarktexpansion. Das Sozialwirtschaftliche unterliegt dagegen Sparzwängen bzw. einem Austeritätsregime, oder es wird privatisiert: Seine Unterwerfung unter verwertungs-, kapital- und finanzwirtschaftliche Formen, z.B. bezüglich Erziehung und Bildung, Wohnungsbau und Stadtentwicklung, über Verkehr und Kommunikation bis zu Gesundheit, Pflege und Umwelt, ist buchstäblich asozial.

Entscheidend ist: Die als ökonomische Hauptabteilung ausgewachsenen Produktionen der allgemeinen Existenzgrundlagen und des zivilisatorischen Gehäuses stellen keine marktgängigen Warendinge dar, sondern dienen der Aufrechterhaltung und Entwicklung des konkreten Gemeinwesens. Diese *ökonomische Form* „sozialwirtschaftlicher Dienste“ hat per se *gesellschaftlichen* Charakter und weist so über den Liberalismus und Kapitalismus hinaus.

Zu deren Befreiung aus der Einklammerung und Deformierung genügt eine Vergenossenschaftlichung, Rekommunalisierung oder Resozialisierung nicht. So blieben sie weiter auf dem Feld der Konkurrenz. Sie gehören darüber hinaus wesentlich aus Steuermitteln und in öffentlicher Verantwortung und Voraussicht finanziert und betrieben, um sich im Verhältnis zur weiter arbeitssparenden industriellen Warenproduktion zu emanzipieren und zusätzlich zu persönlichen Arbeitseinkommen allgemein verfügbar zu werden.

Dazu ist eine Fiskalreform nötig, die nicht nur Lohn und Erträge betrifft oder nur auf eine Umverteilung von Vermögensbeständen abstellt, sondern die volkswirtschaftliche Grundstromgröße des fungierenden Kapitals mit besteuert. So kann der demokratische Sozialstaat aus der Verschuldungsfalle befreit werden, der Transfer der Investivmittel für die sozial-infrastrukturellen Aufgaben und eine relative ökonomische Konsolidierung des ganzen Ensembles gelingen.

Diese Reorganisation impliziert auch fällige Veränderungen von Eigentums- und Aneignungsverhältnissen. Sie wirkt im Sinne einer Einhegung des Wachstumszwangs und ermöglicht die Förderung ökologischer Naturverhältnisse jenseits eines „Green Capitalism“: Die sozial-infrastrukturellen Potenziale werden in Folge ökonomischer und politischer Instabilität, Einschlägen von Klima- und Umweltkrisen und Katastrophenereignissen immer wichtiger.

Diese neudemokratische, sozialstaatswirtschaftliche Systemalternative ist in der widersprüchlichen sozioökonomischen Grundstruktur und Praxis des Sozialkapitalismus vorstrukturiert und kann freigesetzt werden, wenn sich die vielen im Grunde assoziierungsfähigen Kräfte darüber wirklich und wissenschaftlich klar werden und zusammenfinden.

Privatisierung und soziale Austerität oder Sozialisierung und Emanzipation öffentlicher Dienste und Infrastrukturen?

Liebe Freundinnen und Freunde der politischen Philosophie,

die Privatisierung des Öffentlichen, also die Unterwerfung sozialstaatlicher Institutionen, öffentlicher Infrastrukturen und sozialer Leistungen unter die Form und Finanzgewalt der neoliberal radikalisierten, global verdrahteten Verwertungs- oder Kapitalwirtschaft beschädigt inzwischen alles gesellschaftliche Leben. Die nötige Kritik und Gegenbewegungen rühren sich und intervenieren noch eher stichprobenartig und an jeweiligen Brennpunkten:

So gibt es Initiativen zur Enteignung von Wohnungskonzernen, zur Rekommunalisierung, für eine neue urbane Praxis oder auch Ansätze für gemeinnütziges Wirtschaften. Es heißt, Gesundheit sei keine Ware und die Situation von Pflegekräften oder die Zustände in privaten Heimen werden beklagt. Der Allgemeinheit dienliche Verkehrssysteme oder auch Medien und Internet sollten besser als Public Service betrieben werden. Nicht zuletzt wächst die Kritik an einer kapitalgebundenen Rente.

Ich möchte dem Ganzen jetzt genauer auf den Grund gehen und politische Konsequenzen ziehen. Dazu ist vor allem nötig, unzureichende historische Periodisierungen zu korrigieren. Ich knüpfe dazu an vorherige Briefe an, die die dreigliedrige Struktur und widersprüchliche Prozessualität des modernen „Sozialkapitalismus“ aufdeckten: Die fragliche Privatisierung oder Entstaatlichung betrifft einen Grundpfeiler oder Prozessknoten dieser sozioökonomischen Formierung.

Deren Konfiguration lässt erkennen, dass die öffentlichen „sozialwirtschaftlichen Dienste“ keine marktgängigen Waren erzeugen, sondern allgemein dienliche infrastrukturelle, zivilisatorische Grundlagen einer bestimmten Gesellschaft. So bilden sie eine im Grunde nicht kapitalistische „ökonomische Form“ und in ihrer Summe eine komplementäre Hauptabteilung der ökonomischen Reproduktion. Die industriekapitalistischen Produktionen können selbst nur in Verbindung mit oder auf dieser enormen Basis existieren.

Insofern täuscht die Vorstellung von „der Wirtschaft“ als mehr oder vielfach auch weniger soziale Markt- und Kapitalwirtschaft. In dieser vorherrschenden Perspektive zählt das Sozialwirtschaftliche vor allem als Verbrauch oder als lästige Gemeinkosten der Kapitalwirtschaft. Daher der finanziell immer knappe, austeritäre Sozialstaat, die Tendenz zur chronischen Vernachlässigung gesellschaftlicher Infrastrukturen. Entsprechende Tätigkeiten werden kurz gehalten, minder bezahlt und geschätzt als industrie- und exportwirtschaftliche Arbeit, oder aber vereinnahmt beziehungsweise privatisiert.

Jedoch generiert die investiv hoch gerüstete sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion gesellschaftlich gesehen ebenso Werte. Der tarifliche und politische Kampf sollte daher auch einer im Verhältnis zum gesellschaftlichen Durchschnittslohn völlig paritätischen Bezahlung gelten, ob es sich etwa um öffentliche Verwaltung oder Betriebe mit öffentlichem Charakter oder um Bildungs-, Sozial-, Pflege- und Kulturarbeit handelt.

Aber mehr noch: Es geht hier nicht nur um „soziale Absicherung“, Grundversorgung und Grundausrüstung, sondern um die Kernsubstanz und Fortentwicklung des existenziellen und zivilisatorischen Niveaus, die sich nicht an „Einkommen“ bemisst. So ist das Sozialwirtschaftliche für eine eingebettete Existenz der Menschen und als allgemeine Grundlage für Wirtschaft und Wohlfahrt sogar wichtiger als die in vielerlei Hinsicht überflüssige und schädliche Waren- und Wachstumswirtschaft und des damit verkuppelten Konsumismus.

Aufs Ganze gesehen kann jeder spüren, dass die allgemeinen und von Haus aus gemeinsamen, gemeinnützigen Institutionen und Aufgaben - deren Vielseitigkeit und Umfang gewöhnlich nicht vor Augen steht und kaum ermessen wird - unter öffentliche Hoheit und demokratische Verantwortung gehören, betrieben mit gesamtgesellschaftlicher Voraussicht und Planung, mit aller nötigen Finanzierung seitens eines konsequent steuernden Rechts-, Sozial- und Nationalstaats. Es braucht auch passende Eigentumsformen, Arbeits- und Betriebsweisen.

So genügt eine gemeinwirtschaftliche Organisationsform, mitten im Feld der Konkurrenz, noch nicht zur Befreiung aus verwertungswirtschaftlicher Einklammerung und Zweckentfremdung. Die „sozialwirtschaftlichen Dienste“, so der politisch-ökonomische Fachbegriff, gehören zudem überwiegend aus steuerlichen Mitteln finanziert und allgemein zur Verfügung gestellt: Öffentliche Angebote und Leistungen als quasi andere Hälfte des Lohns, von Sozialleistungen oder auch der Rente.

Als „ökonomische Form“ ist das Sozialwirtschaftliche, wie „Ware“ oder „Kapital“, allein empirisch nicht zu fassen. Entsprechend können auch industriewirtschaftliche Produktionen und Leistungen ohne Verwertungs- und Wachstumszwang instituiert werden, also anders als ein „grüner Kapitalismus“. Dies nicht etwa nur bei „kritischen“ oder „strategischen“ Infrastrukturen, sondern vor allem der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung und Emanzipation wegen und zur Problembewältigung im Hinblick auf Klima, Pandemien, Umwelt und Katastrophen: Eine der Kapitalverwertung dienende Impfstoffproduktion ist selbst eine Krankheit.

So zeichnet sich der Weg zu einem reproduktiven Verbund und einem gemischten Wirtschaftssystem mit einer dadurch auch angeforderten, höher entwickelten demokratischen Praxis ab. Dabei bedienen die Dienste nicht den Weltmarkt, sondern besorgen die Ausstattung des konkreten, sozialräumlich bestimmten Gemeinwesens. So sind sie Teil innerer, auch regionaler und lokaler Kreisläufe und wichtig auf der kommunalen Ebene. Die relative Stärkung dieser fundamentalen politisch-ökonomischen Selbstbezüglichkeit verbessert die Ausgangsposition für die im weiteren nötige Deglobalisierung.

Diese Perspektive erfordert ein nachdrückliches soziales und politisches Ringen gegen die Privatisierungen und die neoliberale Entfremdung. Es geht dabei nicht nur darum, diverse Missstände zu mildern. Die innere Einheit dieser Auseinandersetzungen besteht vielmehr darin, dass es um die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste als alternative ökonomische Form und fundamentale sozioökonomische Praxis geht und damit, auch von dieser Seite her, um eine grundlegende Veränderung der Sozial- und Systemverhältnisse.

Quelle der beiden Texte:

Kursus zur Politischen Philosophie und Praxis heute

8 Kapitel mit Zitaten, Texten, Kommentaren und Quellenhinweisen

mit zwei Folien zur politisch-ökonomischen Kernstruktur der gesellschaftlichen Praxis

<https://www.praxisphilosophie.de/kursus-zur-politischen-philosophie-und-praxis-heute.pdf>

Nürnberg, am 28. April 2023

Kontakt zum Autor:

Horst Müller

<https://www.praxisphilosophie.de>

dr.horst.mueller@t-online.de